

WdA im September

Den Gewerkschaften bläst der Wind ins Gesicht, der steife Wind des Neoliberalismus. Es ist höchste Zeit, sich ihm wirksamer als bislang entgegen zu stemmen. Das gilt aktuell ganz besonders für die mehr als 1.000 Delegierten, die sich in wenigen Tagen zum ver.di-Bundeskongress am Ursprungsort der deutschen Arbeiterbewegung versammeln. Der Kongress steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Hunderte von Anträgen werden in Leipzig beraten, auch solche zur ver.di-Programmatik. So wichtig das ist – es wird Zeit zum Handeln! Übrigens ist die Hälfte der ver.di weiblich. Das ist keineswegs in allen Gewerkschaften so. Deshalb geht es im *Blick zurück* diesmal um das Thema: Frauen und Gewerkschaften. Unterhaltsamer geht es in der neuen *WdA*-Rubrik *da capo* zu. Sie informiert in loser Folge über Interessantes aus dem Kulturleben, darunter Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Personen – zum Beispiel Konstantin Wecker.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Zukunft braucht Gegenmacht

Seite 2

Mitgliedergewerkschaft DGB!

Seite 3

Debatte bis 2011, ver.di auf der Suche nach Identität

Seite 4

Organizing: ein Zukunftsmodell, Kapitalismus pur

Seite 5

Die Fachlichkeit in ver.di

Seite 6

Das politische Buch:

Kritik des Neoliberalismus

Seite 7

Blick zurück:

Frauen und Gewerkschaften

Seite 8

Arbeitskosten nur Durchschnitt, Hartz IV, Böckler Boxen, Zu kostenloser Arbeit gezwungen

Seite 9

Da capo : Konstantin Wecker, Filmtipp: Yella, Impressum

Zukunft braucht Gegenmacht

Schwierige, grundsätzliche Fragen sind zu entscheiden: Wie kommen die Gewerkschaften aus der Defensive? Welche Vorstellungen haben sie von der Zukunft unserer Gesellschaft? Was muss sich grundlegend ändern? Darauf müssen die Delegierten der beiden größten deutschen Gewerkschaften auf den bevorstehenden Bundeskongressen der ver.di (30.09. bis 06.10.07) und der IG Metall (04. bis 10.11.07) Antworten finden.

Eine Änderung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ist geboten! Nur dann kann die neoliberale Herrschaft überwunden werden. Gefragt sind Formen unmittelbarer gewerkschaftlicher Verankerung in Betrieben und Konzepte der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und Belegschaften. Auf keinen Fall dürfen sich die Gewerkschaften weiter mit dem jeweils geringsten Übel zufrieden geben, wenn sie den wachsenden Problemen wirksam begegnen wollen. Auch sollte klar sein, dass mit alten Konzepten weder die gewerkschaftliche Kampfkraft wieder zu gewinnen ist, noch die Ursachen der gegenwärtigen Zustände beseitigt werden können. Zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist für Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften entscheidend, wie sie ihren Umgang mit veränderten Realitäten in Betrieben und Gesellschaft gestalten. Deshalb ist der Aufbau von Gegenmacht derzeit wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Sonst verlieren sie vor lauter Bemühen um Dialog und Konsens ihre politischen Ziele gänzlich aus den Augen – und das in einer Phase erneuter Brutalisierung und totaler Kommerzialisierung unserer Gesellschaft durch das Kapital.

Die Gewerkschaften werden künftig nur dann erfolgreich wirken können, wenn sie ihre Kraft nicht an endlose Debatten über Satzungsfragen, Strukturen oder Macht und Einfluss von Funktionären verschwenden. Gewerkschaften brauchen Innovation! Das erfordert Beharrlichkeit, Mut und Risikobereitschaft. Etwas Neues kann nur entstehen, wenn möglichst viele Mitglieder und Funktionäre die eigene Trägheit, liebgeordnete Gewohnheiten und die Angst vor Risiken überwinden. Das gilt besonders für das hauptamtliche Führungspersonal auf allen Ebenen der Gewerkschaften. Die dort tätigen Funktionäre müssen Kompetenz und Verantwortung durch überzeugende Aktionen und Kampagnen beweisen.

Gegenmacht zu organisieren ist und bleibt wesentliches Element für Organisationen, die den Anspruch erheben, Gewerkschaften zu sein. So haben dies auch das Bundesverfassungsgericht und das Bundesarbeitsgericht definiert. Von struktureller Machtungleichheit in unserer Gesellschaft ist dort die Rede. Meinungen und Proteste gegen die neoliberale Politik zur Sicherung wachsender Kapitalrenditen finden in der Bevölkerung große Zustimmung. Beispiele: Rente mit 67, die so genannten Gesundheitsreformen, längere Arbeitszeiten und sinkende Einkommen, Sozialabbau und wachsende Armut. Aber wer organisiert den massenhaften Widerstand? Wo sind da die Gewerkschaften?

Viele Menschen erwarten von den Gewerkschaften politische Alternativen zur herrschenden Lehre des Neoliberalismus. Erst wenn die erkennbar sind, kann die Bereitschaft zum Widerstand wachsen. Diesen Zusammenhang sollten die Delegierten der Gewerkschaftskongresse mit ihren Beschlüssen klar machen. Dann kann aus Protesten Kampfbereitschaft entstehen.

Franz Kersjes

Mitgliedergewerkschaft DGB !

Gewerkschaftsorganisationen sind Mittel zum Zweck. Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass abhängig Beschäftigte, Arbeitslose und freiberuflich Tätige eine durchsetzungsfähige Interessenvertretung und die bestmögliche Unterstützung im Kampf um Sicherung und Ausbau ihrer Rechte erfahren. Dazu gehören gewerkschaftliche Strukturen, die eine optimale Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder gewährleisten.

Die Bedingungen für gewerkschaftliche Arbeit haben sich in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren gravierend verändert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen sich auf Dauer immer seltener einer bestimmten Branche oder Berufsgruppe zuordnen. Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit erschweren den gewerkschaftlichen Kontakt mit Beschäftigten, die zwischen verschiedenen Betrieben und Einsatzbereichen wechseln müssen. Die gewerkschaftliche Zuständigkeit ist immer häufiger nicht geklärt und die Mitgliederbindung geht verloren.

Es ist also schwieriger geworden, die Gewerkschafts- und Tarifzuständigkeit eindeutig zu definieren. Viele Branchen lösen sich auf, strukturelle Veränderungen sind besonders in den industriellen Bereichen zu verzeichnen, und neue Dienstleistungssektoren entstehen. Im Kampf um Mitgliederpotenziale konkurrieren die Gewerkschaften im DGB heftiger als zuvor. Ein „Turnaround“ der Mitgliederentwicklung in den Gewerkschaften ist nicht erreicht und die Vorschläge der Planungsgruppe „Weiterentwicklung des DGB“ zur Kooperation mit den Einzelgewerkschaften aus dem Jahr 2005 sind weitgehend nicht realisiert worden.

Die genannten Gründe erfordern eine in Zukunft tragbare und vernünftige Lösung: den organisatorischen Zusammenschluss aller acht Einzelgewerkschaften! Die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht kann nur verstärkt werden, wenn der DGB eine Mitgliedergewerkschaft wird. Einzelgewerkschaften als Fach- oder Branchengewerkschaften mit weitgehender tarifpolitischer Autonomie könnten ihre Aufgaben nach einer solchen Neuregelung ebenfalls besser erfüllen. Die politischen Potenziale wären gebündelt; und der Verwaltungsaufwand würde sich enorm vermindern bei gleichzeitiger Verbesserung gewerkschaftlicher Beratungs- und Unterstützungstätigkeit.

Nur ein starker DGB, der für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die wachsende Zahl freiberuflich Tätigen spricht und handelt, hat Macht. Kooperationen der bestehenden Gewerkschaften untereinander und mit dem DGB reichen nicht aus. Nur durch den organisatorischen Zusammenschluss der acht Einzelgewerkschaften im DGB können Aktivitäten verstärkt und Leistungen optimiert werden.

Über die notwendige Modernisierung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist in den vergangenen Jahren oft geschrieben und geredet worden. Viele Funktionäre fordern einen starken DGB; aber kaum jemand tut etwas dafür. Doch muss die Utopie von heute die Realität von morgen werden; sonst werden alle Einzelgewerkschaften im DGB zur Bedeutungslosigkeit verkümmern.

Franz Kersjes

Die acht Mitglieder im DGB

IG Bauen-Agrar-Umwelt

Vorsitzender Klaus Wiese
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt/Main
Telefon 069-95737-0
<http://www.igbau.de/>

IG Bergbau, Chemie, Energie

Vorsitzender Hubertus Schmoltd
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Telefon 0511-7631-0
<http://www.igbce.de>

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Vorsitzender Ulrich Thöne
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt/Main
Telefon 069-78973-0
<http://www.gew.de/>

IG Metall

Vorsitzender Jürgen Peters
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt/Main
Telefon 069-6693-0
<http://www.igmetall.de/>

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg
Haubachstr. 76
22765 Hamburg
Telefon 040-38013-0
<http://www.ngg.de/>

Gewerkschaft der Polizei

Vorsitzender Konrad Freiberg
Stromstr. 4
10555 Berlin
030-399921-0
<http://www.gdp.de/>

TRANSNET

Vorsitzender Norbert Hansen
Weilburger Str. 24
60326 Frankfurt/Main
Telefon 069-7536-0
<http://www.transnet.org/>

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Vorsitzender Frank Bsirske
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Telefon 030-6956-0
<http://www.verdi.de/>

Debatte bis 2011

ver.di auf der Suche nach Identität

Um vier weitere Jahre soll die Beschlussfassung über ein ver.di-Grundsatzprogramm verschoben werden. Das schlägt jedenfalls der Gewerkschaftsrat dem bevorstehenden Bundeskongress vor.

Der Programmentwurf wird seit mehr als zwei Jahren in den Ebenen und Fachbereichen diskutiert. Zahlreiche Änderungsvorschläge sind an den Bundesvorstand geleitet und von der Redaktionskommission des Gewerkschaftsrates in den Entwurf eingearbeitet worden. Allerdings ist nach dessen Auffassung die Debatte noch nicht in allen Bereichen und Gliederungen „breit genug entwickelt, um eine endgültige Beschlussfassung vorzunehmen“.

In dem entsprechenden Antrag des Gewerkschaftsrates heißt es u.a., der Kongress möge den Vorständen und Gliederungen konkrete Aufträge erteilen, zum Beispiel:

> Alle bezirklichen Gremien sollen sich bis Ende 2008 mit den vorliegenden Positionen und Alternativen beschäftigen – unter Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder.

> Bis Ende 2009 sollen die Landesbezirke und Fachbereiche Diskussionsangebote zum Programmentwurf machen.

> Die Fachbereiche sollen ebenfalls bis Ende 2009 ihre Forderungen an das Programm formulieren und dokumentieren.

> Die Bildungsstätten sollen ihre bisherigen Aktivitäten zum Programm (Dokumentation des Diskussionsstandes, Angebote zur Information, zum Austausch und zur Diskussion) verbreitern und die Fachbereiche und Ebenen bei ihren Vorhaben unterstützen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) startete 2001 ohne Grundsatzprogramm. Der Grund: Eine Entscheidung über verbindliche politische Positionen und Ziele sollte den Zusammenschluss der fünf Quellgewerkschaften nicht behindern. Es gab lediglich ein „programmatisches Positionspapier“: „Auf dem Weg in eine neue Gewerkschaft“, das die Vorsitzenden von DAG, HBV, ÖTV, Postgewerkschaft und IG Medien bereits im Mai 1999 vereinbart hatten. Die Delegierten des Gründungskongresses forderten zur programmatischen Diskussion auf, die aber in den folgenden drei Jahren nicht in Gang kam.

Durch Beschluss des ersten ordentlichen ver.di-Bundeskongresses im Oktober 2003 in Berlin wurde der Bundesvorstand aufgefordert, „unverzüglich die vom Gründungskongress beschlossene Diskussion um ein gewerkschaftliches Programm aufzunehmen und eine breite Debatte in der Mitgliedschaft zu organisieren, durchzuführen und bis zum nächsten Kongress ein beschlussfähiges Programm vorzulegen“. Als Ziel dieser Debatte wird die „Herstellung größtmöglicher ver.di-interner Öffentlichkeit und demokratischer Diskussionskultur“ genannt, um die „notwendige Identität stiftende Wirkung ... zu gewährleisten.“

Das Ziel ist nicht erreicht worden. Mitglieder und Gremien, die den Programmentwurf des Gewerkschaftsrates in den fortentwickelten Versionen kritisch beraten und diskutiert haben, üben teilweise heftige Kritik an wesentlichen Positionen des Entwurfs. Den Delegierten des zweiten ver.di-Bundeskongresses, der vom 30. September bis 6. Oktober in Leipzig stattfindet, liegen insgesamt 106 Anträge zur Programmdebatte vor. Dazu gehört auch ein vollständiger Gegenentwurf des Landesbezirksvorstandes Hessen und ein Positionspapier des Landesbezirksfachbereichs 10 (Post, Speditionen, Logistik) NRW sowie Eckpunkte eines alternativen Programmentwurfs der ver.di-Linken.

Nach Überzeugung vieler Kritiker enthält der Programmentwurf des Gewerkschaftsrates keine sorgfältige Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Er sei in wesentlichen Punkten lediglich auf eine Mitgestaltung im neoliberalen Kapitalismus ausgerichtet. Es fehle eine Perspektive über die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinaus. Eine positive Bezugnahme auf Markt und Wettbewerb ziehe sich durch den gesamten Entwurf. Eine grundlegende Opposition gegen die kapitalistische Profit- und Verwertungslogik fehle.

Zum „Aufbruch in die Zukunft“ heißt es im Entwurf des Landesbezirksvorstandes Hessen: „Zentrales Handlungsfeld der Gewerkschaften ist der Betrieb. Sie vertreten die aktuellen Arbeits-, Lebens- und die Zukunftsinteressen der Beschäftigten in der Produktion, in der Verwaltung, im Dienstleistungssektor und in der Kultur. Um diese Interessen am Arbeitsort und in der Gesellschaft wirkungsvoll durchzusetzen, sind starke Gewerkschaften als Organisationen der Gegenmacht gegenüber den Arbeitgebern und ihren Verbänden notwendig. Betriebliche Probleme sind gesellschaftliche Probleme. Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen sind gesellschaftliche Auseinandersetzungen.“

Franz Kersjes

Organizing: Ein Zukunftsmodell

Wie gelingt es Gewerkschaften in den USA, in Großbritannien und Australien trotz schwierigster Rahmenbedingungen erfolgreich in bisher „gewerkschaftsfreien“ Betrieben abhängig Beschäftigte als Mitglieder zu werben? Eine Antwort ist Organizing – ein Zukunftsmodell auch für deutsche Gewerkschaften.

Organizing ist aber mehr als bloße Mitgliederwerbung. Als kreative Arbeitsmethode zielt es vor allem darauf ab, in Unternehmen, Institutionen und öffentlichen Verwaltungen Fuß zu fassen, dort Einfluss zu gewinnen sowie Tarifverträge abzuschließen. Dazu reicht es nicht abzuwarten, dass sich Beschäftigte von allein an die Gewerkschaft wenden. Es kommt darauf an, zielgerichtet Kontakte zur Belegschaft aufzubauen und Vertrauen zu gewinnen – als Kunde, bei öffentlichen Aktionen vor dem Betrieb oder auch bei Hausbesuchen. Organizing meint eine ganze Palette gewerkschaftsinterner, betriebsnaher und öffentlicher Aktivitäten.

Ausgangspunkt sind inakzeptable und ungerechte Verhältnisse am Arbeitsplatz. Organizing bedeutet, offensiv auf Veränderungen im Arbeitsumfeld und auf Verbesserungen der sozialen Verhältnisse für die Beschäftigten hinzuwirken. In bislang unorganisierten Betrieben heißen die Ziele:

- Anerkennung der Gewerkschaft als Tarifvertragspartei
- Verhandlungen und Tarifabschluss
- Wahl von Betriebsräten und betriebliche Mitbestimmung

Organizing gibt es auch in bereits gewerkschaftlich organisierten Betrieben. Es zielt dann darauf ab, die Belegschaften kampagnenartig zu mobilisieren. Anlass können Tarifverhandlungen, betriebliche Konflikte und/oder gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen sein.

Ein neues Buch stellt Modelle und Ansätze des Organizing vor. Die Autorinnen und Autoren berichten nicht nur von einschlägigen Erfahrungen aus den USA, Australien und Großbritannien, sie beschreiben zudem erste Schritte des Organizing in Deutschland wie die Lidl-Kampagne und das ver.di-Projekt im Hamburger Wach- und Sicherheitsgewerbe. Der stellvertretende Vorsitzende der ver.di, Frank Werneke, schreibt in seinem Beitrag unter anderem:

„Dieses Buch handelt von Veränderungen. Von Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, von notwendigen Veränderungen in den Gewerkschaften, um mit diesen Veränderungen umzugehen. Und es handelt von Methoden, die den Umgang mit diesen Veränderungen erfolgreich machen können. Ein Blick auf die signifikanten Mitgliederverluste der deutschen Gewerkschaften verdeutlicht den dringenden Bedarf, sich mit eigenen Veränderungsanforderungen intensiv auseinander zu setzen. Diese Verluste lassen sich unmittelbar an einem geringeren Organisationsgrad in den Betrieben ablesen und somit ultimativ an geringerer Gestaltungskraft – sowohl in den Betrieben als auch in der Gesellschaft.“

Peter Bremme/Ulrike Fürniß/Ulrich Meineke (Hrsg.)

Never work alone

Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften
VSA-Verlag Hamburg, 280 Seiten, 19,80 Euro

<http://www.vsa-verlag.de>

<http://www.neverworkalone.de>

Kapitalismus pur

Große Defizite: Schlechte Chefs, miese Bezahlung, hoher Leistungsdruck. Nach einer Studie des DGB ist jeder dritte Beschäftigte mit seinem Arbeitsplatz unzufrieden. Besonders Hilfsarbeiter klagen über schlechte Arbeitsbedingungen. Nur jeder achte Deutsche ist mit seinem Arbeitsplatz wirklich zufrieden. Nur zwölf Prozent der Arbeitsplätze werden von den Beschäftigten als umfassend positiv beschrieben, wird in dem erstmals veröffentlichten DGB-Index „Gute Arbeit“ festgestellt.

Managerbezüge: Die Vorstandsvorsitzenden der 30 größten deutschen DAX-Unternehmen haben im vergangenen Jahr wieder mehr kassiert und sind fürs Alter komfortabel abgesichert. Im Durchschnitt erhielten sie eine Vergütung von 5,1 Millionen Euro. Unter den Spitzenmanagern erhielt Harry Roels, der Chef der RWE rund 16,6 Millionen Euro (2005: 11,8 Millionen).

Pharma-Profite: Die Pharmaindustrie rechnet auch für das kommende Jahr mit einem drastischen Anstieg bei den Arzneimittelausgaben der Krankenkassen. Diese würden 2008 um 2,2 Milliarden Euro oder 7,9 Prozent auf rund 28,9 Milliarden Euro steigen, prognostizierte der Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller. Einschließlich der Ausgaben für Impfstoffe könnten es sogar 30,5 Milliarden Euro werden. Dieser Anstieg hätte eine Größenordnung, die die Krankenkassenbeiträge weiter in die Höhe treiben.

Die Fachlichkeit in ver.di

Auf dem Gründungskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im März 2001 wurde eine Organisationsstruktur beschlossen, die für viele Mitglieder der beteiligten Gewerkschaften entscheidend für ihre Zustimmung zur Fusion war: die Matrix-Struktur. Sie sollte das „Herzstück“ der neuen Gewerkschaft sein.

Matrix-Organisation ist laut Brockhaus-Enzyklopädie ein „Begriff aus der betrieblichen Organisationslehre, eine Strukturform, bei der sich eine nach Fachabteilungen gegliederte und eine nach Objekten gegliederte Organisation überlappen.“ Die Gesamtorganisation der ver.di gliedert sich in drei Ebenen – Bezirke, Landesbezirke und Bund. Darüber hinaus gibt es 13 Fachbereiche. Sie sollen in weitgehender Autonomie ihre vielfältigen Aufgaben in der Tarif-, Branchen- und Berufspolitik sowie in der Mitgliederwerbung wahrnehmen.

Die Matrix als organisatorisches Grundprinzip ist Voraussetzung für mitgliedernahe fachliche und politische Arbeit. Gewerkschaftsmitglieder erwarten grundsätzlich von ihrer Organisation vor allem fachliche Kompetenz für ihre berufliche Tätigkeit im Betrieb und in der Branche. Tarifverträge werden in den Fachbereichen verhandelt, erkämpft, umgesetzt und überwacht. Das fachliche Weisungsrecht für die Berufs-, Betriebs-, Branchen- und Tarifpolitik muss bei den Fachbereichen liegen – beim jeweiligen Bundesfachbereich und den Landesfachbereichen – und die strategischen Abstimmungen der Ziele müssen in den Fachbereichen erfolgen.

Diese Positionen sind in der Gesamtorganisation der ver.di nicht unumstritten. Von den insgesamt 49 Anträgen zur Organisationsentwicklung beschäftigen sich auffallend viele mit der Eigenständigkeit von Fachbereichen und der Stärkung der Matrix-Organisation. Befürchtet werden Eingriffe der Ebenen, besonders der Bezirke, auf Personal und Budget der Fachbereiche. Beklagt werden die Versuche, den Einsatz hauptamtlicher Funktionäre in Betrieben und Fachbereichen von der Bezirksebene der Gesamtorganisation aus zu steuern. Sicherlich ist eine engere Zusammenarbeit der Beschäftigten in ver.di zwischen den Ebenen und den Fachbereichen zwingend erforderlich. Aber eine sinnvolle Arbeitsteilung mit weitgehenden Entscheidungsbeugnissen für die Fachbereiche darf nicht aufgegeben werden. Aktivitäten in den Betrieben brauchen Unterstützung von den Fachbereichen.

Es gibt zurzeit eine wachsende Diskussion über die Kämpfe kleinerer Gewerkschaften, beispielsweise der Vereinigungen der Piloten, Ärzte und Lokomotivführer. Doch die Spaltung der Solidarität darf nicht der Weg in die Zukunft sein! Die DGB-Gewerkschaften müssen aber stärker als bisher beachten, dass die Wurzeln der Solidarität zunächst einmal betriebsbezogen, berufsbezogen und branchenbezogen entstehen. Das bedeutet: Die Betriebsgruppen, Fachgruppen und die Fachbereiche in ver.di sind für die Gesamtorganisation von existenzieller Bedeutung. Vor allem hier liegen die Chancen für die Mitgliederbindung und –werbung sowie für wirkungsvolle Aktionen. Zudem ist es sinnlos, wenn sich Gewerkschaftsgremien etwas Neues für die Mitglieder ausdenken; denn die Mitglieder selber müssen über ihre Erwartungen und Forderungen an ihre Gewerkschaft entscheiden.

Die Ebenen der Gesamtorganisation müssen sich verstärkt darum bemühen, die Mitglieder aus den Fachbereichen zusammenzuführen und mit ihnen gemeinsame Aktionen zu organisieren. Das geschieht derzeit in ver.di viel zu selten! Wo waren beispielsweise die notwendigen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen der Bezirke gegen die Rente mit 67, gegen die so genannte Gesundheitsreform, gegen Sozialabbau und Ausbeutung in den Betrieben? Statt sich ständig mit sich selbst zu beschäftigen sollten sich die Funktionäre auf notwendige, konkrete politische Auseinandersetzungen in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren.

Franz Kersjes

Geschäftsbericht zur Matrix

„Ein wichtiger Diskussions- und Entwicklungsschwerpunkt war die Frage der Weiterentwicklung der komplexen Matrix-Struktur. Auch dazu kann heute festgestellt werden: Bei allen noch immer bestehenden Problemen hat sich die Entscheidung, ver.di als Matrix-Organisation aufzubauen, grundsätzlich bewährt. Auf diese Weise ist es sowohl möglich, fach(bereichs)spezifische Fragen differenziert zu behandeln als auch die übergreifende gewerkschaftliche Politik zu entfalten. Da es keine „ideale Organisation“ gibt, müssen auch im Rahmen der Matrix-Organisation, wie im Rahmen jeder anderen Organisationsform für große und komplexe Organisationen, spezifische Probleme gelöst werden. Dies sind im Fall der Matrix insbesondere die Fragen der Führung, Kommunikation und Zusammenarbeit an den „Schnittpunkten“, also Fragen im Verhältnis zwischen Fachbereichen und „Ebenenfunktionen“ sowie die Fragen der gesamtorganisatorischen Verantwortung und Entscheidungskompetenzen. In diesen Fragen konnten viele Probleme gelöst, andere identifiziert werden. Sie müssen weiter bearbeitet werden.“

(Geschäftsbericht ver.di, Seite 255)

Kritik des Neoliberalismus

Unter diesem Titel haben Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak, Sozial-, Politik- bzw. Wirtschaftswissenschaftler an der Universität zu Köln, ein neues und sehr empfehlenswertes Buch veröffentlicht. Daraus einige Auszüge:

„Neoliberalismus steht für eine seit den 1930er Jahren entstandene Lehre, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert. Es handelt sich um eine breite geistige Strömung mit unterschiedlichen historischen wie länderspezifischen Erscheinungsformen, Strategievarianten und Praktiken. Eigentlich müsste man von ‚Neoliberalismen‘ sprechen, die sich auf verschiedene theoretische Ansätze und Konzepte zur Umsetzung stützen. Das gesellschaftspolitische Projekt des Neoliberalismus strebt nach einem Kapitalismus ohne wohlfahrtstaatliche Begrenzungen.“
(Aus der Einleitung, Seite 11)

„Die ideologischen Wegbereiter eines ‚von den Fesseln der Sozialstaatlichkeit‘ befreiten Kapitalismus lehnen nicht nur korporatistische und staatswirtschaftliche Interventionen im Glauben an die grundsätzliche Überlegenheit ‚marktgerechter‘ Lösungen ab. Zugleich schlussfolgern die Anhänger/innen des Neoliberalismus, dass die Privatisierung sozialer Risiken als eine Befreiung aus ‚bürokratischer Bevormundung‘, eine beschäftigungswirksame ‚Belebung der Eigeninitiative‘ und ein gleichsam die Entschlusskraft weckendes ‚Fördern und Fordern‘ zu deuten sei. Dabei arbeiten sie an einem verhängnisvollen Projekt: der Auflösung des Gemeinwesens. Denn wie auch immer die schmückende Philosophie heißen mag, verschärft sich mit den partei- und gebietskörperschaftenübergreifend vorangetriebenen Privatisierungen nicht nur der Gegensatz von öffentlicher Armut und privatem Reichtum, vielmehr auch die sozioökonomische Kluft zwischen den Gesellschaftsmitgliedern.“
(Seiten 129/130)

„Vertreter des neoliberalen Projekts sprechen sich selten offen gegen eine demokratische Verfasstheit der Gesellschaft aus, warnen jedoch regelmäßig vor den ‚Gefahren‘ einer unbegrenzten Demokratie, die auf Gleichheit abziele und damit die individuelle Freiheit, exakter ausgedrückt: die Freiheit des Eigentums und des Wettbewerbs, bedrohe. Neoliberale negieren die sozialen und materiellen Voraussetzungen der Demokratie und betrachten diese als ein rein formales Verfahren. Sie fragen nicht danach, was Menschen benötigen, um zur sozialen und politischen Teilhabe befähigt und ermutigt zu werden. In den folgenden Ausführungen wird einerseits der von neoliberaler Seite häufig konstatierte Zusammenhang von Demokratie und Marktwirtschaft hinterfragt. Andererseits wird gezeigt, wie die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte einen schleichenden, gleichwohl rabiaten Abbau demokratischer Errungenschaften verursachte. Mit dem Ende der Phase eines demokratisch und sozialstaatlich eingehetzten Kapitalismus steht die Bedeutung der liberalen Demokratie generell in Frage.“ (Seite 240)

„Insgesamt ist festzustellen, dass die neue Rolle des Staates, d. h. die verstärkte Kooperation der Regierung mit bestimmten gesellschaftlichen Kräften bzw. privatwirtschaftlichen Verbänden, den Regierungs- und Gesetzgebungsprozess undurchschaubar macht, Politik informalisiert und das Parlament tendenziell entmachtet.“
(Seite 282)

Das politische Buch

Zweifellos ist „Neoliberalismus“ einer der schillerndsten Begriffe unserer Zeit. Keine andere Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie beherrscht die Tagespolitik, aber auch die Medienöffentlichkeit und das Alltagsbewusstsein von Millionen Menschen fast auf der ganzen Welt so stark wie die neoliberale. Die Publikation von Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak versteht sich als kritische Einführung in den Neoliberalismus, skizziert seine ökonomischen Grundlagen und stellt verschiedene Denkschulen vor. Anschließend werden die Folgen neoliberaler Politik für Sozialstaat und Demokratie behandelt, etwa im Hinblick auf Maßnahmen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, staatlicher Aufgaben und persönlicher Lebensrisiken. Das Buch richtet sich an Leser und Leserinnen, die nach Informationen über den Neoliberalismus, guten Argumenten für die Debatte darüber und gesellschaftspolitischen Alternativen suchen.

Stichworte aus dem Inhalt:

Historische Wurzeln und theoretische Grundlagen des Neoliberalismus – Die Strategie der Privatisierung – Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors – Soziale und politische Destabilisierung als Folgen der neoliberalen Politik – Neoliberale Hegemonie: eine Gefahr für die Demokratie – Auswahlbibliografie zum Neoliberalismus

Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak
unter Mitarbeit von Tim Engartner
Kritik des Neoliberalismus
Verlag für Sozialwissenschaften
2007, 298 Seiten, 12,90 Euro

Blick zurück: **Mehr Chancen für Frauen**

Es war ein Weg von etwa einem Jahrhundert Dauer, bis an der Spitze einer deutschen Gewerkschaft erstmals eine Frau stand: Vor 25 Jahren – am 29. September 1982 – wurde Monika Wulf-Mathies zur Bundesvorsitzenden der ÖTV gewählt. Die damals 40jährige promovierte Philologin hatte Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaft studiert, dann im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundeskanzleramt gearbeitet, ehe sie Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und schließlich für die Dauer von zwölf Jahren deren Vorsitzende wurde.

Bis heute sind Frauen in dieser Position Ausnahmereischeinungen. In der Regel rücken sie allenfalls bis zu Stellvertreterinnen auf. Und selbst bis zu dieser Funktion war es ein weiter Weg. Er begann Ende des 19. Jahrhunderts mit der Wahl der ersten Frau, Emma Ihrer (*WdA* 36, Febr.2007), in die Generalkommission der Gewerkschaften. Aber gewerkschaftliche Aktivitäten von Frauen - Dienstbotinnen, Fabrik- und Heimarbeiterinnen - gab es schon lange vorher. Sie entwickelten sich als Arbeiterinnenvereine ab Mitte des 19. Jahrhunderts parallel zur frühen Arbeiterbewegung – und keineswegs immer in ihr.

Proletarischer Antifeminismus – gab's den nur früher?

Ein wesentliches Hemmnis für die gewerkschaftliche Organisation von Frauen war ein Phänomen, das später als „proletarischer Antifeminismus“ bezeichnet wurde: Für die Männer der Arbeiterbewegung galt im Grunde das bürgerliche Ideal nach dem Muster: „Meine Frau hat es nicht nötig, arbeiten zu gehen.“ Dass sie es dennoch tat, war in aller Regel bittere wirtschaftliche Notwendigkeit. Außerdem erlebten die Männer der Arbeiterklasse ihre schlechter entlohnten Kolleginnen als, wie es damals hieß, „Lohnrücker und Schmutzkonkurrenz“, die nur noch durch Kinderarbeit unterboten wurde. Erschwerend hinzu kamen äußere politische Umstände: das politische Vereinsverbot für Frauen (wirksam bis 1908) und das so genannte Sozialistengesetz (1878-1890), das alle ‚linke‘ politische Basisarbeit verbot.

Zwar hatten die politisch interessierten Arbeiterinnen damals in Carl Legien, dem Führer der Gewerkschaften, und in August Bebel, dem SPD-Vorsitzenden, zwei bedeutende Fürsprecher; aber in der Repräsentanz von Frauen auf Kongressen oder gar in Führungspositionen der organisierten Arbeiterschaft schlug sich das auch dann nicht nieder, als das politische Vereinsverbot für Frauen aufgehoben wurde. Nach Emma Ihrer war bis zum Ersten Weltkrieg keine Frau mehr in der Führung der Gewerkschaften vertreten; und nach 1918 hat, anders als davor, keine Frau mehr für eine solche Position kandidiert. Dabei war gerade während des Krieges, als Frauen in Massen Männerarbeitsplätze einnehmen mussten, der Organisationsgrad von Frauen in den Gewerkschaften von 1,84 % (1892) auf über 25 % gestiegen. Obwohl sich nach 1918 die Zahl der organisierten Arbeiterinnen sprunghaft verminderte, war der zehnte Gewerkschaftskongress im Sommer 1919 bis 1933 der letzte, auf dem das Thema „Frauenerwerbstätigkeit“ als gesonderter Tagesordnungspunkt verhandelt wurde.

Danach, bis 1945, gab es für die Gewerkschaften gar nichts mehr zu verhandeln.

GEW und ver.di vorn

Nach Kriegsende wurde gewerkschaftliche Frauenpolitik im neu gegründeten DGB zunächst zögerlich, doch dann mehr und mehr verankert. Inzwischen gehört sie längst zum festen Bestandteil gewerkschaftlicher Programmatik und gewerkschaftlichen Handelns. 31,9 % der mehr als sechseinhalb Millionen Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften (Stand Jahresende 2006) sind Frauen. Da die meisten Lehrkräfte weiblich sind, hat die GEW mit 68,9 % einen herausragenden Frauenanteil, gefolgt von ver.di mit immer noch weit überdurchschnittlichen 49,8 %. Die Hälfte von ver.di ist also weiblich, und etliche Frauen bekleiden immerhin die Führungspositionen in Landesbezirken. Das liegt zum einen an dem relativ hohen Frauenanteil in einigen der Quellgewerkschaften von ver.di, zum anderen an der konsequenten Umsetzung einer – unter weiblichen Mitgliedern durchaus umstrittenen - Quotenregelung, die vorschreibt, dass „Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft in allen Organen und Gremien vertreten sein (müssen)“. Das sollte bis zum 2. Bundeskongress, der in Kürze in Leipzig stattfindet, erreicht werden. Und das wurde erreicht. In diesem Punkt ist ver.di einzig unter den DGB-Gewerkschaften. An die Spitze einer Einzelgewerkschaft haben es Frauen nach Monika Wulf-Mathies bisher allerdings nicht mehr geschafft. Gewerkschaftliche Frauenpolitik bleibt also auf der Tagesordnung.

A. Dertinger

Arbeitskosten nur durchschnittlich

Deutschland liegt bei den Arbeitskosten für die Privatwirtschaft weiter nur im Mittelfeld der EU-15-Staaten – hinter den meisten nord- und westeuropäischen Industrieländern. Im vergangenen Jahr sind die deutschen Arbeitskosten deutlich langsamer gestiegen als im Durchschnitt von EU und Eurozone. Das zeigt, basierend auf aktuellen Daten, eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

„Eine deutsche Spitzenstellung bei den Arbeitskosten, wie sie bisweilen behauptet wird, ist nicht zu erkennen. Wir liegen in einem Feld mit unseren wichtigsten Handelspartnern und sind 2006 relativ noch etwas zurückgefallen“, sagt Gustav A. Horn, Wissenschaftlicher Direktor des IMK.

2006 mussten deutsche Unternehmer pro geleisteter Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft (Industrie und privater Dienstleistungsbereich) 26,70 Euro aufwenden. Höher liegen die Arbeitskosten in Ländern wie Dänemark, Schweden, Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden und Finnland. Dort müssen zwischen 27,50 und 32,50 Euro pro Stunde aufgewendet werden. Auch die Arbeitskosten in Österreich sind nun um einige Cent pro Stunde höher als in Deutschland.

„Die Arbeitskosten in Deutschland haben Exporterfolge nicht nur nicht behindert, sondern sogar beflügelt, weil die Zuwächse im internationalen Vergleich äußerst moderat waren“, so die Forscher. „Das ist aber um den Preis einer schwachen Binnenkonjunktur geschehen.“

Hartz IV

Es gab noch nie so viele Hartz-IV-Abhängige wie jetzt: 7,4 Millionen im April dieses Jahres. Über zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren leben in Hartz-IV-Familien; das sind 16,9 Prozent der Kinder in diesem Alter. Damit ist die Kinderarmut in Deutschland auf den höchsten Stand seit Inkrafttreten der Hartz-Gesetze gestiegen.

Die Grundförderung für Hartz-IV-Empfänger ist im Juli um sage und schreibe zwei Euro bzw. 0,6 Prozent auf monatlich 347 Euro erhöht worden. Dieser Betrag soll den Lebensunterhalt sichern. Hinzu kommt Geld für Unterkunft und Heizung. Grundlage für den Regelsatz ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2003. ALG II ist nach Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes um mindestens 20 Prozent zu niedrig.

Böckler Boxen

Mit einem Klick zum Thema

> Armut

Was sind die Ursachen?

Wer ist betroffen?

Wie kann gegengesteuert werden?

> Prekäre Beschäftigung

Zu wenig Lohn, die Absicherung fehlt, Zukunft ungewiss...

Prekäre Jobs breiten sich aus

> Chancengleichheit

Männer und Frauen im Arbeitsleben

- was hat sich geändert?

Wo halten sich Benachteiligungen?

Weitere Boxen aktuell:

> Mitbestimmung

> Kündigungsschutz

> Niedriglöhne – Mindestlöhne

Basisdaten, Forschungsberichte, Positionen und Praxisberichte, Glossare und Links.

<http://www.boeckler-boxen.de>

Zu kostenloser Arbeit gezwungen

Empfänger von Arbeitslosengeld II werden nach Recherchen von *Report Mainz* im Rahmen von Praktika zu kostenloser Arbeit gezwungen. Bezieher von ALG II müssten unter Androhung einer Kürzung ihrer Bezüge oft sogar monatelang auf regulären Arbeitsplätzen tätig sein, ohne dafür entlohnt zu werden. Das berichtete das ARD Politikmagazin in seiner Sendung vom 27.08.07.

Gesetzlich zulässig sind solche Praktika nur vier bis acht Wochen lang, ausnahmsweise bis zu 12 Wochen. Dem Magazin liegen jedoch zahlreiche Praktikanten-Verträge vor, die deutliche Überschreitungen dieser Grundlagen zeigen. Danach wurden Praktikanten beispielsweise neun Monate als Autoputzer, sechs Monate als Lagerarbeiter oder vier Monate als Gärtner beschäftigt.

Wegen des Skandals um unbezahlte Einsätze von ALG-II-Beziehern forderte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die Bundesregierung auf, den rechtswidrigen Praktiken umgehend entgegenzutreten. Es sei unhaltbar, dass es Arbeitsverwaltungen gebe, die den unbezahlten Einsatz von ALG-II-Beziehern nicht nur duldeten, sondern regelrecht betrieben. „Das mittlerweile erreichte Ausmaß an Geschäftemacherei vor Ort ist erschreckend“, sagte Bsirske. Es gebe Betriebe, in denen weit mehr als zehn Prozent der Beschäftigten mit vagen Aussichten auf einen möglicherweise befristeten Arbeitsvertrag bei gleichzeitiger Bedrohung ihrer Mindestsicherung monatelang arbeiten müssten, um nach Ablauf des Praktikums schließlich durch den nächsten Langzeitarbeitslosen ersetzt zu werden.

*Ich singe, weil ich ein Lied hab,
nicht, weil es euch gefällt.*

Da capo: Konstantin Wecker

Ende März 2007 erhielt Konstantin Wecker für sein friedenspolitisches Engagement den Erich Fromm-Preis 2007. In seiner Laudatio würdigte Norbert Copray den Preisträger: „Das Leiden an den Verhältnissen, die durch Reden, Publikation, durch Dichtung und Musik nur unmerklich zu verändern sind, findet sich auch bei Konstantin Wecker. Da wird diese Zwiespältigkeit sichtbar, einerseits heftig in den Wortschatz und die Tasten zu greifen, um teilweise ironisch, teilweise sarkastisch dehumanisierende Politik, Ideologie und Lebensgewohnheit wahrnehmbar zu machen und zu geißeln, andererseits den Blues zu geben, wenn es um die schwer auszuhaltende Langsamkeit der Revolution geht.“

Zeitlebens hat sich der Sänger, Schauspieler und Buchautor Konstantin Wecker in Liedern, Texten und Interviews für sozial Schwache, Außenseiter der Gesellschaft und gegen den Krieg eingesetzt. Er selbst versteht sich als Pazifist. „Pazifisten sind keine Weicheier. Pazifismus“, stellt Wecker klar, „ist eine radikale und auch eine kämpferische Haltung gegen den Krieg und für eine friedlichere Welt.“ – „Sage Nein“, heißt es in einem seiner bekanntesten Lieder.

Kaum hat Konstantin Wecker das großartige Konzert zu seinem 60. Geburtstag im Münchener Circus Krone hinter sich, startet er im Oktober seine Herbsttournee. In einem Alter, in dem viele andere beginnen, die ersten Abschiedstourneen zu geben, lässt Wecker wissen, dass er noch überhaupt keine Lust zum Aufhören hat – sich im Gegenteil lieber weiter einmischen will. Das ist auch gut so – denn wer ihn in jüngster Zeit live erleben konnte, sah ihn in bester Form seines Lebens. 60 Jahre Wecker, 40 Jahre Bühne – das ist für den Liedermacher Grund genug, mal wieder Lieder aus der Versenkung zu holen, die lange nicht gespielt wurden.

Hier einige Tournee-Termine: 20.10. Hamburg; 21.10. Hannover; 22.10. Kiel; 23.10. Bremen; 25.10. Oldenburg; 27.10. Essen; 29.10. Bonn; 31.10. Frankfurt; 01.11. Aachen; 08.11. Freiburg; 09.11. Stuttgart; 15.11. Berlin; 20.11. Dresden.

* * * *

Filmtipp Yella

Ein neuer Film von Christian Petzold

Der Film erzählt die Geschichte einer Liebe zwischen einer jungen Frau aus Wittenberge und einem Vertreter des modernen Kapitalismus. Yella will weg, endlich die ostdeutsche Kleinstadt, ihre gescheiterte Ehe hinter sich lassen, nach Westen, jenseits der Elbe, wo es Arbeit und Zukunft geben muss. Sie lernt in Hannover einen Mann kennen, der für eine Private-Equity-Firma arbeitet. Als seine Assistentin bewährt sie sich in der Welt des Venture Capitals, der gläsernen Büros, der Leasing-Limousinen, der diskret ausgeleuchteten Hotel-Lobbys. Alles scheint leicht, ein Spiel mit lauter Gewinnern. Aber die Vergangenheit lässt Yella nicht los.

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

Der Film handelt vom Glücksver-
sprechen des Geldes und vom
Wahnsinn, der sich hinter diesem
Glück verbirgt. Am Ende, als
Yella für diesen Wahn zur Mörderin
geworden ist, versucht sie aus
ihrem Traum zu fliehen.

Auf der Berlinale 2007 wurde die
Hauptdarstellerin Nina Hoss mit
einem Silbernen Bären ausge-
zeichnet. Die weiteren Hauptrol-
len spielen Devid Striesow, und
Hinnerk Schönemann.